

Die Dynamik des heimischen Terrains und neue Formen der Nachbarschaft

Filip David

Wenn mich jemand fragt, »Worüber reden wir, wenn wir von Europa reden?«, würde ich antworten: Ich habe keine Ahnung! Und zwar aus folgenden Gründen:

Die Dynamik des heimischen Terrains?

Was soll das bedeuten? Ich kann keine Dynamik erkennen, lediglich ein Treten auf der Stelle. In der »proeuropäischen« serbischen Regierung werden bedeutende Berater- und Ministerposten von jenen bekleidet, die uns in den 1990er Jahren von Europa entfernt haben. Hier einige Beispiele: Milovan Drecun war einst Journalist der Zeitschrift *Volksarmee*, später dann arbeitete er für das Belgrader Fernsehen und war als Kriegskorrespondent im Kosovo bekannt für seine kriegshetzerischen Texte. Heute ist er Vorsitzender des serbischen Parlamentskomitees für die Autonome Provinz Kosovo und Metochien. Das erinnert an eine lustige Volkserzählung, in der eine Ziege dafür abgestellt wird, auf das Kraut aufzupassen. Minister Aleksandar Vulin, Protegé von Mirjana Marković, Ehefrau von Slobodan Milošević, und einer von den Gründern der berüchtigten Jugoslawischen Linken, bekam in der serbischen Regierung die Rolle zugesprochen, mit Nichtregierungsorganisationen zusammenzuarbeiten. Seine erste Amtshandlung bestand jedoch darin, den Nichtregierungsorganisationen jegliche Unterstützung zu streichen, was offensichtlich seine Rache dafür war, dass er zu Zeiten von Marković und Milošević seitens der Nichtregierungsorganisationen heftig kritisiert worden war. Das heißt, Vulin ist ein weiterer Pyromane, dem die Rolle eines Feuerwehrmannes zugeteilt wurde.

Die Nachbarschaftsbeziehungen?

Nicht gut. Der nicht lang zurückliegende Besuch des albanischen Präsidenten Edi Rama führte zu keiner Verbesserung der serbisch-albanischen Beziehungen, sondern im Gegenteil zu einer Verschlechterung. Der vernünftige Vorschlag Edi Ramas, dass Serbien den Kosovo offiziell als eigenständigen Staat anerkennen möge, damit die albanisch-serbischen Beziehungen sich verbessern könnten (jedem ist klar, dass ohne diese Anerkennung der EU-Beitritt Serbiens unmöglich ist), wurde mit Beleidigungen gegen Edi Rama quittiert. Er wurde mit diversen Schimpfwörtern bedacht, unter anderem wurde ihm vorgeworfen, er sei ein »Wüstling«, ein »Perversling«, »der größte Feind Serbiens«, er würde einem »Großalbanien« das Wort reden usw. Zugleich befand es niemand aus der serbischen Regierung für nötig, sich von den Aussagen Vojislav Šešeljs zu distanzieren, der nach seiner Rückkehr nach Serbien seinen Kampf um ein Großserbien munter fortführt. Bei der Kundgebung am Platz der Republik jubelten ihm tausende Anhänger zu, als altbekannte nationalistische Phrasen von Šešelj erklangen. Serbien hat kein gutes Verhältnis zu seinen Nachbarländern, weder zu Kroatien noch zu Montenegro, Mazedonien, Kosovo oder Bosnien und Herzegowina.

Sämtliche Umfragen zeugen von einer großen Apathie und einem Desinteresse junger Menschen an der Politik. Müsste man den Zeitgeist im heutigen Serbien mit einem Wort zusammenfassen, dann wäre es dieses: Hypokrisie.

Die Hypokrisie ist in fast alle Poren des Lebens hineingekrochen. Hochrangige Politiker sprechen öffentlich über die Notwendigkeit gutnachbarschaftlicher Beziehungen zu den angrenzenden Staaten, zugleich schüren die von ihnen kontrollierten Medien den ethnischen Hass. Die Polizei betont, ihre wichtigste Verpflichtung sei es, Ordnung und Frieden aufrechtzuerhalten, zugleich schützt sie gewaltbereite Fußballfans bei Ausschreitungen in Stadien und außerhalb. Nebenbei engagiert die Polizei die Hooligans als ihre eigenen Handlanger, wenn Not am Mann ist. Die Kriminellen in den politischen Parteien sind vor der Verfolgung durch die Justiz sicher, obwohl offiziell behauptet wird, der Kampf gegen die Kriminalität zähle zu den Prioritäten der Regierung. In der Öffentlichkeit wird die Bedeutung des Antifaschismus herausgehoben, denn schließlich beruhe die Geschichte Serbiens auf diesem Prinzip, zugleich soll Draža Mihailović, Kollaborateur der Nazi-Besatzer, rehabilitiert werden. Die Doppelmoral ist allgegenwärtig und offensichtlich: Eines sagt man, etwas anderes denkt man. Das Alltagsleben ist voll von solchen Beispielen. Unsere Politiker sind ambivalente Persönlichkeiten, davon zeugen ihre Biographien. Die Kunst, wie ein Chamäleon seine Farbe zu wechseln, wurde allerdings von der Bevölkerung in den Rang einer der wichtigsten Überlebensstrategien erhoben. Anschwindeln und betrügen zählen zu erwünschten Verhaltensweisen. Ein Kinderbuchautor und angeblicher Politiker behauptete seinerzeit, Lügen sei erlaubt, wenn es dem Interesse der Heimat diene. Folgt man dieser deformierten Logik, kommt man zu dem Schluss, dass es auch erlaubt ist zu plündern und sogar zu morden. Manche nehmen dies auch ganz wörtlich, und so haben wir, zum Ruhm und zur Ehre des Vaterlandes, auch grauenhafte Kriegsverbrecher in unseren Reihen.

Das Land der Fassaden

In seinen *Briefen aus Moskau* schreibt der russische Philosoph Michail Rylkin: »Der Kapitalismus wurde in Russland nach denselben Gesetzen eingeführt wie der vorangegangene Kommunismus. Aus Ermangelung einer Zivilgesellschaft und eines im Inneren herangereiften Bedürfnisses nach entsprechenden Veränderungen musste der Kapitalismus zu den Russen von oben kommen, wie eine Wohltat. Als Ergebnis standen wir bald wieder vor einer Ruine.« Rylkin fügt noch eine Beobachtung über die traditionellen Verhaltensweisen der Russen hinzu: »Die Russen haben für alles immer nur Bezeichnungen, aber in Wirklichkeit haben sie nichts. Russland ist ein Land der Fassaden.« Zu einem guten Teil gilt dasselbe auch für unsere Situation. Die Veränderungen des politischen Systems kamen in vielen wichtigen Bereichen des Lebens von oben, nicht jedoch als Wohltat, sondern in der Regel als ein Unwetter, das sich über die Köpfe ergießt. In der Tat entsteht bei uns der Eindruck, dass wir viel eher in den Ruinen des alten Systems leben, anstatt die Vorteile von etwas Neuem, Besseren und Gesünderen zu genießen. Wo auch immer wir hinblicken, sehen wir nur »Fassaden«, nur den Anschein echter, wesentlicher Veränderungen. Die alten Institutionen wurden gestürzt, aber neue wurden nicht aufgebaut. Die Regierung wurde durch eine neue ersetzt, aber die

Demagogie ist dieselbe geblieben. Die alte Moral ist verloren, aber eine neue wurde nicht etabliert. Alles Wertvolle wurde in der Regel von Kriminellen und Spekulanten aufgekauft, dadurch wurde die Produktivität gesenkt, anstatt sie zu steigern, und die Käufer konnten das, was sie billig gekauft haben, für teures Geld weiterverkaufen. Die unproduktive und sterile Sicherheit des vorigen Systems wurde durch die Gewitztheit der Spekulanten im neuetablierten System ersetzt. Wir kamen aus einem politischen und ökonomischen System, in dem der Profit verachtet wurde, und fanden uns in einem System wieder, in dem nichts außer Profit anerkannt wird. Und noch dazu ist es ein Profit, der in vielen Fällen außerhalb des Gesetzes steht, sowohl des natürlichen, als auch des juristischen Gesetzes. Von einer zugegebenermaßen ineffizienten Vollbeschäftigung fielen wir im Sturzflug in die umfassende Arbeitslosigkeit. Aus einem Staat, in dem es unterschiedliche Formen der Zensur gab, fanden wir uns wieder in einem Land der Redefreiheit, in dem fast alles gesagt werden kann, aber wo die ausgesprochenen Worte keine Bedeutung und keine Tragweite mehr haben. Wir haben fast alles verändert: das Leben, den Staat, das politische und wirtschaftliche System, nur uns selbst haben wir nicht verändert, weil wir dazu keine Chance hatten. Alles ging zu schnell. Der Wahrheit zuliebe sei jedoch angemerkt, dass auch die Machthaber sich nicht verändert haben, außer dass sie noch habgieriger, unersättlicher und skrupelloser geworden sind. Das verhasste Einparteiensystem und die Einparteiendiktatur wurden abgeschafft, stattdessen wurden Partokratie und allumfassende Parteienkontrolle eingeführt. Statt der Diktatur des Proletariats haben wir nun eine Diktatur des Marktes und des Profits. Und außerdem eine Diktatur der Bürokratie. Schlussendlich auch eine Diktatur der Partokratie.

Das Leben im Wohlstand, die Verwirklichung des »American Dream« entpuppte sich als eine große Illusion. Der Wohlstand fällt nicht vom Himmel. Die Habgier hat die Wahrheit verschluckt. Die Welt ist ein grausamer Ort zum Leben geworden. Unter denen, die wenig hatten, und das Wenige auch noch verloren haben, keimt immer stärker die nostalgische Rückschau auf frühere Zeiten, als die Armut auf alle gleichmäßig verteilt war, als es allen Umständen zum Trotz doch noch eine Hoffnung gab, als es noch eine Energie für Rebellion gab, als man noch unerschütterlich daran glaubte, dass sich alles zum Besseren verändern würde, dass der Kapitalismus ein annehmlisches Leben und Wohlstand mit sich brächte. Aus dieser neuen Perspektive heraus erscheint es vielen, dass die Armut, in der wir jahrzehntelang gelebt hatten, eine Zeit des guten Lebens, der existenziellen Sicherheit und des dauerhaften Friedens war. Die Menschen haben jetzt weder Frieden noch Sicherheit, noch das gute Leben. Aber die Illusion der konfliktfreien Vergangenheit ist genauso eine Illusion wie jene über die neue Ordnung des erfolgreichen Wandels. Eines Wandels wohin? – das bleibt weiterhin unklar und unbekannt. Das gegenwärtige Dasein besteht aus einem Leben auf den Ruinen des alten Systems, ist also selbst eine Ruine, wie Ryklin es ausdrückt. Das neoliberale Konzept kann wohl kaum produktiv und erfolgreich sein in Ländern, in denen eine »plündernde Transition« stattfindet, wie diese Transformation des politischen und wirtschaftlichen Systems in den meisten ehemals kommunistischen Ländern gemeinhin genannt wird. Ohne ein echtes ökonomisches, intellektuelles und mentales Fundament führt eine vollständige Privatisierung in kleinen Ländern mit unterentwickeltem Markt,

eingeschränkten Entwicklungsmöglichkeiten und einem zu vernachlässigenden Einfluss auf die Weltpolitik offenbar zu katastrophalen Konsequenzen für den Großteil der Bevölkerung, für die Wirtschaft, für die Kultur und all das, was damit einhergeht, was also ohne staatliche Unterstützung nicht überleben und sich entwickeln kann. Vieles existiert nur zum Schein, und das Leben selbst verwandelt sich in ein scheinhaftes, menschenunwürdiges Leben. Die Angst, an der Peripherie des Lebens nicht überleben zu können, wird dominierend. Der Reichtum einer Minderheit wächst unverhältnismäßig, während gleichzeitig die Armut der großen Mehrheit steigt. In den Ländern des misslungenen Systemwechsels wird dieser Misserfolg allen anderen zum Vorwurf gemacht, nur nicht jenen, die den besagten Wechsel erfolglos und unehrlich abgewickelt haben. Allzu präsent sind Verschwörungstheorien, die auch als Erklärungen für alle anderen Misserfolge, Fehltritte, für Korruption, Elend und Armut herhalten müssen.

Selbsttäuschung

Vergeblich schwört die serbische Regierung das Land auf eine europäische Zukunft ein, wenn zugleich das europäische Haus auf Halbwahrheiten und Lügen über die jüngste Vergangenheit errichtet wird. In ihrem Essay *Wahrheit und Politik* schreibt Hannah Arendt über die Lüge, welche die Struktur der Gesellschaft zerstört, indem sie ein »Geflecht des Betrugs« schafft. Die selbsternannten und gefährlichen »Patrioten« werden zu Lügnern und, laut Hannah Arendt, zu »Opfern ihrer eigenen Lügen«. Alles verwandelt sich in einen einzigen großen Selbstbetrug, damit um jeden Preis der Anschein von Wahrheit gewahrt und die Lüge legitimiert wird. In einer solchen Welt, in der die Vergangenheit falsch dargestellt ist, wird auch die Gegenwart zunehmend zu einer einzigen großen Lüge, zu einer »unablässigen und endlosen Verdrehung von Tatsachen«. Eine Gesellschaft, die auf der Lüge basiert, ist eine Gesellschaft ohne Würde und Moral, ohne wahrhaftige Hoffnung.

Im Jahr 1934 schrieb Thomas Mann über gefährliche Regime, die ein solches Verhalten an den Tag legten und das Volk verdummten. Daraufhin warf das deutsche Regime Thomas Mann Staatsverrat vor, den Verrat nationaler Interessen. Viele Jahre später unterstrich Hans Magnus Enzensberger in einem Text die Unvermeidbarkeit des Verrats unter solchen Umständen: »Entscheidend für die Logik dieses Begriffs ist, dass unter gewissen historischen Bedingungen jeder Verräter werden muss.« Die Wahrheit ist schlussendlich, dass Deutschland von »Verrätern« wie Thomas Mann gerettet wurde, und nicht etwa von dem charakterlosen Haufen patriotischer Politiker und Journalisten, von dem Nazi-Abschaum, der Schande über Deutschland gebracht hatte.

So viel zu »Verrätern« und »Patrioten«, so viel über jene, die Serbien angeblich aus dem Schlamm ziehen wollen, es aber in Wirklichkeit noch tiefer in den Sumpf treiben. Das Image Serbiens in der Welt kann nur dann besser werden, wenn sich die Situation im Land selbst verbessert; wenn sich die serbische Gesellschaft offen mit dem konfrontiert, was im Zuge des Zerfalls von Jugoslawien passiert ist, und sich nicht hartnäckig dem Betrug und der

Selbsttäuschung hingibt. Nur so und nicht anders, also durch radikale Veränderungen lässt sich das Image Serbiens verbessern.

Der Verrat der Intellektuellen

Julien Benda schreibt in seiner berühmten Streitschrift *Der Verrat der Intellektuellen*, erschienen 1927 in Paris, über den Beitrag der Intellektuellen zu diversen Formen von Affekten, in erster Linie zu den politischen und nationalen, die unser Zeitalter als das »Jahrhundert der intellektuellen Organisation des politischen Hasses« charakterisiert haben. Im Gegensatz dazu hätte in den fast zweitausend Jahren zuvor diese besondere Schicht der Menschen, also »der Geistesproduzenten«, der Künstler, der Wissenschaftler und Philosophen gegen den »Realismus der Mehrheit« Widerstand geleistet, gegen die politischen Affekte, gegen unterschiedliche Formen von Hass, gegen den individuellen Egoismus. Die Wahrheit sei, schreibt Benda,

»sie konnten die Laien nicht daran hindern, die ganze Menschheitsgeschichte mit ihrem Hass und ihren Massakern zu füllen [...] aber sie hinderten sie daran, diese Taten in eine Religion zu verwandeln, sie zu vervollkommen im Glauben an ihre Größe. Dank ihnen können wir sagen, dass die Menschheit im Laufe von zweitausend Jahren Böses getan, aber Gutes hochgehalten hatte. Diese Inkompatibilität zwischen Gut und Böse, die der Menschheit zur Ehre gereicht, bildet den Riss, durch den die Höflichkeit sich hineinschlingeln konnte. Allerdings kommt es Ende des 19. Jahrhunderts zu einer wichtigen Veränderung: Die Intellektuellen steigen ein auf das Spiel der politischen Leidenschaften.«

Nur die Moderne, betont Julien Benda, kennt Denker, die jene Landsleute zu Feinden erklärten, die sich das Recht vorbehalten haben, frei zu denken und zu sprechen, die glauben, dass Vaterlandliebe nicht das Recht auf Kritik ausschließt, und die nicht der Meinung sind, dass »die Heimat auch dann Recht hat, wenn sie irrt.« Diese Art der suspekten Heimatliebe des modernen Intellektuellen äußert sich in schweren Formen der Xenophobie, des Hasses und der Angst vor den Anderen sowie der Abwertung von allem, das nicht »unseres« ist. Für solche modernen Intellektuellen sind die Begriffe Gerechtigkeit und Wahrheit nichts anderes als »metaphysischer Nebel«, und so ist für sie, wie Benda betont, »etwas dann wahrhaftig, wenn es nützlich ist, und etwas ist gerecht, was die Umstände vorschreiben«. Auf diese Weise haben die Intellektuellen ihre Mission betrogen und verraten, ebenso wie einige grundlegende Postulate der Freiheit und der Toleranz, die in den Gedanken Renans zu finden sind: »Der Mensch gehört weder seiner Sprache, noch seinem Volk; er gehört nur sich selbst, weil er ein freies Wesen ist, also ein moralisches Wesen«; oder auch in dem berühmten Satz Plutarchs: »Der Mensch ist keine Pflanze und seine Wurzeln sind nicht mit seiner Heimaterde verwachsen, sodass er sich nicht fortbewegen könnte.«

Laut Benda ist der Verrat der Intellektuellen darauf zurückzuführen, dass die Intellektuellen sich von gewissen universalen Werten lossagten und stattdessen besondere, nationale, lokale Gebote annehmen, die enggefaste, egoistische Interessen bedienen, welche meist sehr weit

entfernt sind von Recht und Wahrheit, von echter Demokratie und Freiheit. Die Intellektuellen, die angeblich im Dienste des Vaterlandes stehen, bedienen in Wirklichkeit politische Interessen und Begehrlichkeiten und sprechen politischen Anführern ihre Loyalität aus. Benda verfasste seine Streitschrift in der Entstehungsperiode des italienischen Faschismus, mit einem guten Einblick in die Aktivitäten der nationalistisch orientierten französischen, deutschen und italienischen Intellektuellen.

Der Wandel des Kulturmodells

Was und wie viel hat sich von Grund auf in der serbischen Politik in den letzten zwanzig Jahren verändert? Dies ist eine wichtige Frage für Serbien, aber auch für die Nachbarstaaten Serbiens. Seit den 1990er Jahren ist viel passiert: Diese dramatische Periode nahm ihren Anfang im sogenannten »Sich-Ereignen des Volkes«, durch Meetings und Gegenmeetings, die dem Zerfall Jugoslawiens und der Periode blutiger interethnischer Konflikte vorausgingen. Es wurde bereits viel geschrieben über das Wesen von Kriegsverbrechen, über die Rolle der Jugoslawischen Volksarmee und die pervertierte serbische Politik, über den Nationalismus als Ideologie, die der verschwundenen kommunistischen Ideologie nachfolgte, über die schändliche Haltung der meisten Intellektuellen. Viel geschrieben wurde auch über die serbischen »Oktoberreformen«, über die demokratische Wende, die angeblich der Milošević-Ära ein Ende setzte. Die »Oktoberreformen« im Jahr 2000 verliefen sehr chaotisch. Die damalige Opposition hatte keinen fertigen Plan für den Eintritt in eine »neue Ära«, es gab eine innere Spaltung der konservativen Kräfte, die nicht allzu weit in die Zukunft blickten, sondern größtenteils eine Vergangenheitsschau betrieben. Mit der Zeit bedeutete der Bruch mit der Milošević-Politik, dass man in Wirklichkeit immer mehr zu einer nationalistischen Politik vor Milošević zurückkehrte, also zum Populismus und zum historischen Revisionismus. Kurz gesagt: das Kulturmodell veränderte sich nicht.

Was ist das Kulturmodell? Es bezeichnet die dominierende, vorherrschende Denkweise, die Matrix des Verhaltens und der Entscheidungsfindung, die einen maßgeblichen Einfluss auf alle Segmente in der Gesellschaft hat, von Politik und Wirtschaft bis zu Wissenschaft und Kultur. Die Ereignisse des Oktobers 2000 und all das, was im Anschluss daran passierte, zeugen von der Unfähigkeit der neuen Regierung, eine echte Wende im Hinblick auf das Kulturmodell zu vollziehen. Aus heutiger Perspektive lässt sich schlussfolgern, dass die neuen Machthaber – die ehemalige Opposition zu Milošević, vereinigt in einer Front unterschiedlicher politischer Parteien und Optionen – mit ihren Handlungen eigentlich nichts anderes bewirkten, als einen Weg zu ebnen für die Politik und jene Politiker, die man für abgesetzt hielt, und den diese eines Tages benützen würden, um durch den Haupteingang wieder in die serbische Politik einzutreten. Ein Gesetz zur Lustration wurde zwar beschlossen, es wurde jedoch nie realisiert. Miloševićs politische Ziehkinder standen zunächst verschreckt im Schatten, ihren Einfluss und ihre ökonomische Macht hatten sie jedoch nicht eingebüßt. Sobald sie eine Gelegenheit wahrnahmen, traten sie aus dem Schatten hervor, noch stärker und mächtiger als zuvor. Wer mit den hiesigen Zuständen nicht allzu gut vertraut ist, könnte einige Fragen stellen: Hat sich Serbien etwa nicht für den »europäischen Weg« entschieden? Hat sich die Rhetorik etwa

nicht verändert? Und schließlich, steht es den Politikern etwa nicht zu, ihre Fehler einzusehen und sich zu verändern? – Selbstverständlich können sie sich ändern, das ist durchaus wünschenswert, aber erst müssen sie einen politischen Rehabilitationsprozess durchlaufen, um ihre Sünden aus der Vergangenheit einzusehen, vor allem dann, wenn ihre Sünden groß waren und ihre tiefgreifenden Irrtümer fürchterliche Konsequenzen nach sich gezogen hatten. Aber werfen wir nun einen realistischen, vorurteilsfreien Blick auf die politische Landkarte Serbiens. Es ist richtig, dass die serbische neue-alte Regierung unter einem großen ökonomischen Druck stand und angesichts des drohenden Wirtschaftskollapses gezwungen war, als einzigen Ausweg die Hilfe der Europäischen Union in Anspruch zu nehmen. Was sich dabei jedoch nicht verändert hat, ist etwas, das man gemeinhin als »Geisteszustand« bezeichnet. Das bedeutet, das, was im Denken und in den Überzeugungen der Mehrheit weiterhin vorherrscht, ist Xenophobie, ein mythischer Geschichtsbegriff, der Glaube an Verschwörungstheorien, sowie die Unfähigkeit, die eigene Rolle in der unmittelbaren Vergangenheit objektiv zu betrachten. Die politische Szene wird vom Populismus dominiert, der sich an die jeweilige politische Situation anpasst.

Aus dieser Lage der Dinge ergeben sich zahlreiche Probleme, die seit den 1990er Jahren ungelöst geblieben sind und die eine Bedrohung für die innere Stabilität Serbiens darstellen. Der ungeklärte Autonomiestatus der Vojvodina, die Unzufriedenheit im Sandžak, im Süden Serbiens, im Grenzgebiet zu Rumänien und Bulgarien. In der Innenpolitik gibt es weiterhin Spannungen mit Minderheiten, außenpolitisch bestehen Unstimmigkeiten mit fast allen Nachbarländern. Der Mythos vom Kosovo hat von seiner Pseudohistorizität nichts eingebüßt. Weiterhin wird der eigenen Bevölkerung die eine Erzählung aufgetischt, der ausländischen Öffentlichkeit dagegen eine ganz andere. Der Geist der 1990er Jahre zeigt sich auch daran, wie die höchsten staatlichen Organe und die sogenannte Öffentlichkeit mit jenen Serben umgehen, die sich große Verdienste erworben und die ein modernes Serbien, ein anderes kulturelles Modell vertreten haben.

Bogdan Bogdanović, Radomir Konstantinović, der Anwalt Srđa M. Popović und andere unabhängige Persönlichkeiten haben das Land verlassen, aber das offizielle Serbien schweigt darüber, als würde es sich für seine besten Bürger schämen. Die Idole des offiziellen Serbiens sind offensichtlich nicht auf dieser Seite zu suchen. Das kleinbürgerliche Serbien, »der Triumph der Philosophie der Palanka«* wird verkörpert durch einen kirchlichen Würdenträger, Bischof und Heiligen, einen ausgesprochenen Antieuropäer und Antisemiten namens Nikolaj Velimirović, dessen »literarische« Werke als Bestseller gehandelt werden und dessen Einfluss auch heute noch enorm ist.

Die Kirche, die Armee, kontrollierte Medien und Spezialeinheiten der Geheimdienste sind federführend bei der Gestaltung des vorherrschenden Kulturmodells. Eine Veränderung des Kulturmodells – unabdingbare Voraussetzung, um wirklich wichtige kulturelle, wirtschaftliche und politische Reformen durchzusetzen – verlangt nach einem radikalen Wandel der gesamten Gesellschaft in allen Bereichen des Lebens. Ohne einen solchen Wandel sind sämtliche Reformen bloß kosmetische Maßnahmen, die unzureichend, geheuchelt und

erzungen sind. Die Veränderung des kulturellen Modells ist nur dann möglich, wenn es einen breiten gesellschaftlichen Konsens gibt, von dem Serbien noch immer sehr weit entfernt ist. Es zeichnet sich nicht ab, wer die nötigen Reformen initiieren und durchführen könnte. Dafür gibt es weder genug Energie noch genug Kraft, noch einen ausreichend starken Willen. Aber die politischen Eliten, die intellektuelle Öffentlichkeit und die Mehrheit des Volkes sind auch nicht wirklich bereit dazu. Die Unfähigkeit, das kulturelle Modell von Grund auf zu ändern, kennzeichnet die tragische Situation im heutigen Serbien.

Serbien zwischen Ost und West

Es passiert nicht zum ersten Mal in seiner Geschichte, dass Serbien, also die serbischen Politiker, die Regierung und die Bürger, sich in einer Situation wiederfinden, wo sie eine Wahl treffen müssen zwischen Ost und West, zwischen der Europäischen Union und Russland. Das prognostizierte »Ende der Geschichte« ist nicht eingetroffen, der Fall der Berliner Mauer hat zwar den Kommunismus zu Fall gebracht, nicht jedoch die Konfrontation zwischen den großen Weltmächten beendet. Es wird immer offensichtlicher, dass der »Kalte Krieg« sich fortsetzt, dass der Kampf um die Einflussphären weitergeht, und dass es schwierig ist, in diesem Kontext keine klare Position zu beziehen. Während sich die meisten Nachbarländer Serbiens dafür entschieden haben, der Europäischen Union und der NATO beizutreten, steht Serbien noch immer auf einer politischen Wippe und versucht abzuschätzen, auf welcher Seite es mehr gewinnen kann. Der Verstand zieht Richtung Westen, das Herz zieht nach Russland. Es zeichnet sich immer deutlicher ab, dass die Wahl, die es zu treffen gilt, eine Entscheidung zwischen Europa und Asien ist. Das ist nicht nur eine ökonomische Frage, wie es häufig dargestellt wird, sondern auch eine große politische und ideologische Frage. Die Europäische Union versucht, Serbien in die Gemeinschaft zu holen, allerdings unter der Bedingung, dass vor der Aufnahme zahlreiche problematische Fragen geklärt werden. Das ist nicht einfach zu erreichen, vielleicht ist es angesichts der internen Situation in Serbien sogar unmöglich. Serbien pflegt keine besonders guten Beziehungen zu seinen Nachbarn, und häufig gewinnt man den Eindruck, dass es auch im Clinch mit sich selbst liegt. Auch nach der Ablösung des Kosovo machen ethnische Minderheiten, mit denen die serbische Regierung keine gemeinsame Sprache zu finden vermag, ein Drittel der Bevölkerung aus. Der Süden Serbiens, Sandžak und Vojvodina sind Regionen, die von politischer und ökonomischer Instabilität gekennzeichnet sind und die häufig von besorgniserregenden Krisen heimgesucht werden. Diese Tradition der schlechten Beziehungen zu den eigenen Minderheiten reicht lange zurück. Noch beim Berliner Kongress 1878, also vor fast hundertfünfzig Jahren, wurde die Anerkennung Serbiens als unabhängiger Staat an die Einhaltung bürgerlicher und politischer Rechte von Minderheiten gekoppelt.

Die Bürokraten der Europäischen Union spielen mit Serbien ihre »Heiß-Kalt-Spielchen«. Ein wenig drohen sie, ein wenig liebäugeln sie. Es ist ihnen nicht egal, ob der bevölkerungsreichste Staat auf dem Balkan unter russischem oder unter europäischem Einfluss stehen wird. Serbien ist wiederum sehr daran gelegen, von europäischen Unterstützungsfonds zu profitieren, jedoch zieht es das Land emotional zu Russland, obwohl historisch betrachtet die russische

imperiale Politik eher dazu neigte, die Hoffnungen und Erwartungen Serbiens zu enttäuschen als diese zu verwirklichen. Zugleich ist die strenge und neoliberale Wirtschaftspolitik der Europäischen Union für einen Großteil der serbischen Bevölkerung eher abschreckend als anziehend.

Die russische Politik gegenüber Serbien, die in den höchsten Kreisen des serbischen Establishments auf Zustimmung stößt, wird in letzter Zeit zunehmend aggressiver. Die kürzlich getätigten Aussagen des russischen Botschafters in Serbien nehmen sich drohend und undiplomatisch aus. Durch Mehrheitseigentümerverhältnisse in der Ölindustrie hat Russland bereits die gesamte Energieversorgung in Serbien unter seine Kontrolle gebracht. Nun geht Russland auch in die politische Offensive. Russland verlangt, dass Serbien sich von der Europäischen Union abwendet und sich stattdessen der Eurasischen Wirtschaftsunion unter der Führung und unter der Kontrolle Russlands zuwendet. Die Gründung der Eurasischen Wirtschaftsunion avanciert nun zum Hauptinteresse der jüngeren Politik Putins und ihrer geopolitischen Strategie. Die Eurasische Wirtschaftsunion war schon lange ein Traum der russischen Ultra-Rechten und Nationalisten. Für sie bedeutet die Errichtung einer solchen Union nicht nur Widerstand gegen »die neue Weltordnung«, sondern darüber hinaus noch viel mehr: Diese Union hat eine mystische Bedeutung. Alexander Dugin, Autor des Buches *Mysterien Eurasiens*, russischer Traditionalist, Philosoph, Gründer der neo-eurasiatischen Bewegung und Vordenker der heutigen russischen geopolitischen Schule, zählt zu den wichtigsten Theoretikern Eurasiens. In seinem Buch *Grundlagen der Geopolitik* schreibt Dugin: »Serbien mag ich sehr gerne [...] ich denke, das Zentrum der Welt liegt in Serbien. Das geheime Herz des Planeten befindet sich irgendwo bei euch«. Aber an einer anderen Stelle schreibt er auch, dass seine Liebe Serbien gegenüber durch die Interessen Russlands bedingt ist, und dass diese Liebe nicht bedingungslos ist.

Der Begriff »Geopolitik« ist selbst mit einem großen Fragezeichen versehen. Die Geopolitik war auch eine offizielle Doktrin Nazi-Deutschlands. Der Begründer der Nazi-Geopolitik Karl Haushofer wurde nach Kriegsende als Kriegsverbrecher angeklagt und verübte Selbstmord. Der bekannteste serbische Anhänger von Karl Haushofer und Alexander Dugin war Dragoš Kalajić, ein erklärter Faschist, später ebenfalls Protegé von Mirjana Marković. Kalajićs Name wird assoziiert mit Neonazi-Parteien, die Anfang der 1990er Jahre in Serbien gegründet wurden. Einige seiner engsten Mitarbeiter sagten sich von ihm los, als sie erfuhren, dass er zeitgleich ein verdeckter Mitarbeiter des serbischen Geheimdienstes gewesen war. Das eurasische Weltbild des Alexander Dugin wurde nun auf die aktuelle russische Politik übertragen. Obwohl die vorrangig wirtschaftliche Bedeutung der Union betont wird, ist die Eurasische Union viel mehr als eine reine Wirtschaftsunion. Sie beruht auf dem Antagonismus gegenüber dem Euroatlantismus, und zwar auf traditionalistischer Basis, auf Basis einer russischen imperialen Neuauflage, einer Neuauflage von Großrussland. Dugin zitiert den russischen Patriarchen Kiril, demzufolge das Wichtigste sei, »dass Russland das byzantinische Modell fortsetzt, welches eine Einheit des Geistlichen und des Irdischen darstellt«. Die großrussische Idee soll durch die Vermischung dreier Ethnizitäten erreicht werden, der

slawischen Völker, der Turkvölker und der ugro-finnischen Volksgruppen. Dazu kommt viel Rhetorik aus dem Kalten Krieg. In der serbischen Variante bedeutet die Idee von Eurasien eine Vereinigung der Tradition, die auf der einen Seite die faschistischen Ideen von Dimitrije Ljotić enthält, andererseits den Rassismus und Antieuropäismus des Bischofs Nikolaj Velimirović. Das ist ein Amalgam, das Radomir Konstantinović als den »serbischen Faschismus der Palanka« bezeichnet hat.

Diese Ideen, die in der serbischen Gesellschaft einst als marginal betrachtet wurden, entfalten nun verstärkt ihre Wirkung, unterstützt durch die Neuauflage der eurasischen Perspektive als den russischen Weg in die Zukunft.

Geschätzte LeserInnen, abschließend möchte ich Ihnen noch berichten, dass ich, kurz bevor ich zu unserer Diskussion aufbrach, im Internet eine Aussage des bekannten russischen Militäranalysten Michail Aleksandrow gelesen habe. Er sagt, ein Krieg zwischen dem Westen und Russland sei durchaus möglich. Sollte es zum Krieg kommen, würde Russland 10000 Panzer losschicken, die im Uralgebirge stationiert sind und rasch einsatzbereit gemacht werden könnten. Ohne Probleme würde Russland in den Balkan einmarschieren, Bulgarien und Rumänien überrennen, ein Bündnis mit Serbien eingehen und gemeinsam den Kosovo und Montenegro erobern. Ich habe mir auch die Kommentare unter dieser Militäranalyse angesehen. Viele Leser sprechen sich für Russland und seine expansionistische Politik aus und können es kaum erwarten, dass die Russen kommen und dieser angekündigte Krieg beginnt. Man könnte einwenden, die Leser, die solche Kommentare posten, seien allesamt verrückt. Möglicherweise. Aber hier bei uns weiß man nicht mehr, wer verrückt und wer normal ist.

* »Palanka« bezeichnet in einem abwertenden Sinn die Provinz, die Kleinstadt. [Anm. d. Ü.]

Aus dem Serbischen von Mascha Dabić